

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Post)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Sonntag, 18. November 1934

Nr. 271

Masaryk dankt den sudetendeutschen Arbeitern

Von den großen sozialdemokratischen Kundgebungen in Karlsbad, Tepliz-Schönan, Komotau, Bodenbach, Jägerndorf und Mährisch-Schönberg hatten 90.000 sudetendeutscher Arbeiter an den Präsidenten Masaryk Begrüßungsdeputationen geschickt, in denen sie ihrer Verehrung für den großen Staatsmann und Demokraten Ausdruck gaben.

Die Kanzlei des Herrn Präsidenten hat das Zentralsekretariat unserer Partei gebeten, den sudetendeutschen Arbeitern für diese Ehrung den Dank Masaryks zu vermitteln.

Badische Landeskirche

sagt sich vom Reichsbischof los

Berlin. Die badische evangelische Kirche hat sich von der Reichskirche getrennt. In einem Schreiben an den Reichsbischof Müller teilte der Bischof von Baden, Kühlewein, diesen Entschluß mit dem Bemerkung, daß er im Interesse des religiösen Friedens die Autonomie der badischen Kirche unter seiner Leitung wiederherstelle. Dabei hatte Bischof Kühlewein noch vor zwei Monaten der feierlichen Inthronisation des Reichsbischofs Müller im Berliner Dom beigewohnt.

Der Austritt der badischen evangelischen Kirche aus der mühsam geeinten Reichskirche ist bezeichnend für die Schwäche der Stellung des Reichsbischofs Müller, der nicht imstande ist, seiner Position die allgemeine Anerkennung zu verschaffen.

Massenverhaftungen in Spanien

Barcelona. (Havas.) Die Verhaftungen von Personen, die der Teilnahme an dem letzten Aufstand verdächtig sind, werden fortgesetzt. Unter anderen wurden das Mitglied des katalanischen Parlamentes Espana und der Abgeordnete der Madrider Cortes Aguado, ehemaliger Bürgermeister von Barcelona, verhaftet. Andererseits wurden zahlreiche Personen entlassen, denen die Teilnahme an dem Aufstand nicht hinreichend nachgewiesen werden konnte.

Oesterreich und Perčević

Die Regierung Schuschnigg und ihre Presse bemühen sich verzweifelt, die Wahrheit über den Herrn Perčević, der bekanntlich zusammen mit dem Herrn Beric der Hauptinformator der „Reichspost“ in Ballanangelegenheiten war und mit den österreichischen monarchistischen Kreisen engste Verbindung hatte, zu verunsichern. Doch werden inzwischen immer neue belastende Nachrichten über den Herrn Perčević bekannt. Zunächst einmal ist festgestellt worden, daß Perčević einer der besten Freunde des gegenwärtigen Generalsekretärs der Vaterländischen Front und kommenden Bundeskanzlerkandidaten Obersten Adam ist. Noch belastender für Perčević und für Oesterreich ist die Tatsache, daß die Wörder Barthous und des Königs Alexander unmittelbar vor ihrer Abreise nach Marseille eine Zusammenkunft in Wien, und zwar in der Wohnung des Perčević hatten. Dies ist das Hauptmotiv des Auslieferungsbegehrens, das Frankreich in der Sache Perčević an Oesterreich gestellt hat.

Neue Sabotageakte

gegen die chinesische Luftflotte

Schanghai. Nach Meldungen aus Hangtau brach in den Schuppen des Militärflugplatzes von Nantchang, der Hauptstadt der Provinz Kiangsi, Feuer aus. Das eine Anzahl von Flugzeugen der chinesischen Luftstreitkräfte vernichtete. Einige Schuppen fielen den Flammen zum Opfer.

Die chinesischen Militärbehörden sind der Ansicht, daß es sich um Brandstiftung handelt und haben eine strenge Untersuchung angeordnet. Mehrere Personen sind bereits unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet worden. Über deren Nationalität bisher nichts mitgeteilt worden ist. Schon Ende August des Jahres war auf demselben Flugplatz Feuer ausgebrochen. Durch das zwölf Bombenflugzeuge, die seinerzeit aus Amerika für die Nanking-Regierung eintrafen, vernichtet wurden.

Völkerbundrat verschoben

Dreierausschuß muß erst Saarbericht fertigstellen

Genf. Das Völkerbundsekretariat teilte Samstag abends mit, daß auf Ersuchen des Vorsitzenden des Dreierausschusses für das Saar-Plébizit, Baron Aloisi, die außerordentliche Sitzung des Völkerbundrates, die am 21. d. M. stattfinden und sich mit dem Saarproblem befassen sollte, verschoben wurde. Die römischen Verhandlungen über das Saargebiet sind nämlich noch nicht abgeschlossen und werden noch einige Tage andauern.

Da der Völkerbundrat das Saarproblem erst in Beratung ziehen kann, bis der Bericht des Barons Aloisi fertig ist, wird das Datum der Tagung des Völkerbundrates bekanntgegeben werden, sobald der Dreierausschuß in Rom seine Aufgabe erledigt haben wird.

Nach einer späteren Meldung aus Paris wird der Völkerbundrat am Samstag, den 24. d. M., zusammentreten, der Aufsicht also nur drei Tage betragen.

Saar-Verfassung bei Status quo

London. (Havas.) „Morning Post“ meldet: Ein neuer Vorschlag, der die Möglichkeit der Angliederung des Saargebietes an Deutschland sichert, falls die Abstimmung im Saargebiet für den Status quo ausfällt, ist vorbereitet, um dem Völkerbund vorgelegt werden zu können. Der Vorschlag wurde von einer Gruppe deutscher

Emigranten ausgearbeitet. Nach diesem Vorschlag würde das Saargebiet eine Verfassung erhalten, falls das Plébizit für den Status quo ausfällt. Es würde eine autonome Regierung unter dem Schutze des Völkerbundes eingeführt werden. Nach diesem Projekt würde nach fünf Jahren eine neue Abstimmung stattfinden, die endgültig darüber entscheiden würde, ob das Saargebiet Deutschland angegliedert wird oder nicht.

Noch keine Intervention Jugoslawiens

Paris. Der ständige jugoslawische Delegierte beim Völkerbunde Jovitch ist nunmehr nach seinen Unterredungen mit Außenminister Laval und den leitenden Beamten des französischen Außenamtes nach Genf zurückgekehrt. Außenminister Laval wird wahrscheinlich Montag abends nach Genf zurückkehren.

In amtlichen französischen Stellen wird über diese Unterredung absolutes Stillschweigen mit dem Hinweis darauf bewahrt, daß die jugoslawische Regierung bisher dem Völkerbundrate kein Memorandum unterbreitet und bisher auch keine amtliche Intervention beim Völkerbunde betreffend die Verantwortlichkeiten für das Marseiller Attentat unternommen habe.

Der jugoslawische Außenminister Jovitch ist Samstag abends von Belgrad nach Genf abgereist.

Das Tsch. P.-B. meldet zu dieser Reise Jovitch's, daß er das Memorandum der jugoslawischen Regierung über die politischen Beweggründe des Marseiller Attentats mitbringen und dem Völkerbund zur näheren Prüfung vorlegen wird.

In diesem Hinschreiten gegen die Marseiller Attentäter werde Jugoslawien durch Rumänien und die Tschechoslowakei volle Unterstützung finden, so daß also die Staaten der Kleinen Entente in Genf solidarisch vorgehen werden. Eventuelle Beschwerden würden im Völkerbundrat

wahrscheinlich erst später, und zwar vielleicht im Jänner 1935, eingebracht werden. Nur unvorhergesehene Ereignisse oder plötzliche Enthüllungen könnten verursachen, daß das Marseiller Verbrechen schon während der außerordentlichen Tagung des Völkerbundrates behandelt würde.

Man nimmt an, daß der Völkerbundrat die Beschwerden der jugoslawischen Regierung wohl schon diesmal, aber in geheimer Sitzung behandeln wird, wobei er sich hauptsächlich mit der Form der Behandlung und Erledigung der Beschwerde befassen würde.

Die Angelegenheit hat schon jetzt in Genf eine ungewöhnliche Erregung verursacht.

Ein zu einfaches Rezept!

Gömbös antwortet nicht auf die sechs Fragen der „Vreme“

Budapest. Ausländische Journalisten haben an den Ministerpräsidenten Gömbös die Frage gerichtet, was er auf die in sechs Punkten zusammengefaßte Anfrage zu antworten wünsche, die das Belgrader Blatt „Vreme“ im Zusammenhang mit der Untersuchung des Marseiller Attentates an ihn gerichtet hat.

Ministerpräsident Gömbös antwortete: „Der königlich-ungarische Ministerpräsident hält es unter seiner Würde, auf solche Fragen überhaupt zu antworten.“

Volle Handlungsfreiheit der Sektionen der SAI

bezüglich des Verhältnisses zu den Kommunisten

Paris. (Havas.) Nach Schluß der Aussprache, die vier Tage dauerte und hinter geschlossenen Türen stattfand, präziserte am Samstag der Exekutivauschuß der II. Internationale seinen Standpunkt hinsichtlich einer gemeinsamen Aktion mit der III. Internationale. In der gefaßten Resolution heißt es:

Während in Frankreich und in anderen Ländern die einheitliche Aktion zustande kam, wurden in Großbritannien, Holland, den skandinavischen Ländern, der Tschechoslowakei u. a. die kommunistischen Anträge abgelehnt. Unter diesen Umständen hat jede Sektion der

II. Internationale bei ihrer vollen Autonomie volle Handlungsfreiheit.

Mehrere Delegationen haben zwar diese Resolution genehmigt, daneben aber eine eigene Resolution unterfertigt, in welcher der Wunsch ausgesprochen wird, daß in nächster Zeit neue Versuche auf Initiative der II. Internationale mit dem Zwecke unternommen würden, eine Vereinbarung herbeizuführen, die von einer Fusion mit der kommunistischen Internationale gefolgt sein würde. Diese Resolution haben die französische, die schweizerische, die spanische, die italienische, die polnische, die russische (sozialdemokratische) und österreichische Delegation unterzeichnet.

Sicherung des Weltfriedens

Isolierung Deutschlands?

Von Ulrich Hutten.

Hitler bemüht sich in den letzten Wochen intensiver um seine „Versöhnung“ mit den Westmächten. Der Sondergesandte Ribbentrop ist erneut in Paris gefehrt worden; in London, Paris und Rom soll er der sogenannten Isolierung Deutschlands entgegenarbeiten. In den deutschen amtlichen Mitteilungen wird nur erzählt, daß Ribbentrop Verhandlungen führt, nicht gesagt wird, über was er verhandelt und was die Ergebnisse seiner Bemühungen sind. Auch in der Presse der Länder, mit deren Regierungsmännern der Beauftragte Hitlers verhandelt, ist nicht viel Positives über Gegenstand und Erfolg der Verhandlungen zu erfahren. Einige Aufschlüsse gibt die besondere Funktion Ribbentrops, der als Sondergesandter des Führers in der Abrüstungsfrage bezeichnet wird. Daraus ergibt sich, daß Ribbentrop vornehmlich über die Anerkennung der Aufrüstung Deutschlands verhandelt und daß Hitler bereit ist, wieder in den Völkerbund zurückzukehren, wenn seine Aufrüstungswünsche befriedigt werden.

Als Hitler im Herbst des vergangenen Jahres den pompösen Ausmarsch aus dem Völkerbund vollzog, wurde das als eine große Dummheit der Falkenkreuz-Diplomatie bezeichnet und die fast allgemeine Schlussfolgerung war, daß sich Hitler-Deutschland damit endgültig isoliert habe. Die damalige provokatorische Aktion Hitlers hätte diese Wirkung gehabt, — wenn die übrigen Völkerbundstaaten darauf mit einer ebenso entschlossenen, energischen Aktion geantwortet hätten. Das war nicht der Fall und darum schädigte Hitlers Auszug aus dem Völkerbund nicht ernsthaft die Position Deutschlands, sondern viel mehr die Autorität des Völkerbundes, der sich dem auftrumpfenden deutschen Störenfried gegenüber als machtlos erwies.

Hitler-Deutschland hat damals beunruhigt das Ansehen des Völkerbundes geschädigt und seine Fundamente untergraben wollen, weil sein Ziel ist, anstelle des unter Frankreichs Hegemonie stehenden Völkerbundes einen unter der Hegemonie der faschistischen Staaten stehenden neuen europäischen Staatenbund zu schaffen. Auf dem Wege des von Hitler erstrebten Zieles ist der alte Völkerbund ein Hindernis. Dieses Hindernis wollte Deutschland durch seine Aktion beseitigen oder zumindest schwächen. Das Ziel wurde durch die Gegenaktion Sowjetrußlands nicht voll erreicht. Die beunruhigte Absicht der Sowjetunion war, den Völkerbund durch seinen Eintritt zu stärken und die Gruppierungen des Staatenbundes unter faschistischer Hegemonie zu erschweren. In der durch den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund geschaffenen Situation hat Hitlers Außenpolitik nicht ihre Grundzüge und Ziele, sondern nur ihre Taktik verändert. Sie glaubt jetzt ihr Ziel besser zu erreichen, wenn sie nicht weiter von außen gegen den Völkerbund stürmt, sondern die Neugruppierung von innen her versucht. Darum besteht jetzt in Berlin anscheinend die Meinung, in den noch nicht verordneten Völkerbund zurückzukehren und daß Seltsame ist, daß Hitler bei diesem Bemühen gar keine großen Schwierigkeiten findet. Im Gegenteil, ein Teil der wichtigsten Völkerbundstaaten ist nicht nur froh, wenn Deutschland zurückkehrt, sondern ist bereit, Deutschland um seine Rückkehr zu bitten. Darum besteht bei den Verhandlungen Ribbentrops auch nicht der Wiedereintritt Deutschlands im Vordergrund, sondern die Frage der Aufrüstungswünsche, von deren Erfüllung Deutschland seine Rückkehr nach Genf abhängig machen will. Normalerweise müßten alle Völkerbundstaaten die Wiederaufnahme Deutschlands davon abhängig machen, daß Deutschland gewisse Sicherungen gewährt und Bedingungen erfüllt; tatsächlich aber ist es umgekehrt und Deutschland macht seine Rückkehr von der Erfüllung der von ihm gestellten Bedingungen abhängig. Das charakterisiert die heutige Weltlage: Der Störenfried wird nicht ernsthaft isoliert und zur Ordnung gezwungen, sondern die von dem Störenfried Bedrohten, die die Erhaltung des Status quo und um dieselben den Frieden wünschen, gehen in dem Bemühen, sich mit dem Störenfried zu verständigen und ihn zu befriedigen.

immer weiter. Dabei werden ihm Konzessionen gemacht, durch die seine militärische Macht, seine Blindheitsfähigkeit und seine Weltgeltung so gestärkt wird, daß er umso sicherer in dem ihm günstig erscheinenden Zeitpunkt den Krieg vom Zaune brechen wird.

Auch Frankreich und seine Verbündeten stehen den Verständigungsbemühungen Hitler-Deutschlands nicht mehr so ablehnend gegenüber. Kommt diese Verständigung in irgend einer Form zustande, so wird durch das Entgegenkommen an Hitler-Deutschland der Krieg nicht verhindert, sondern sein Ausbruch nur verschoben und augenscheinlich auf einen für Hitler günstigeren Zeitpunkt.

Jedenfalls zeigt die Entwicklung, daß die sogenannte Isolierung Deutschlands nicht besteht und von den Völkerverbundstaaten auch nicht angesetzt wird. Ferner erweitert sich immer deutlicher, daß die bürgerlichen Regierungen der europäischen Staaten prinzipiell die grauenhafte Hitler-Diktatur nicht ablehnen, daß sie das Entsetzen in

Deutschland anerkennen und mit ihm zu paktieren bereit sind, wenn sie damit ihren nationalen Interessen zu dienen glauben. Im Interesse der Verhinderung des weiteren faschistischen Vormarsches ist aber eine tatsächliche Isolierung Hitler-Deutschlands unbedingt nötig. Eine vollständige Isolierung, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete würde die deutsche Aufrüstung hindern und die wirtschaftliche Krise im Lande und dadurch die Erfolgsaussichten des antifaschistischen Kampfes in Deutschland so steigern, daß das die Welt mit Krieg bedrohende Hitler-System wahrscheinlich gestürzt würde, bevor es den Weltkriegsbrand ausgelöst hat. Da die bürgerlichen Regierungen der europäischen Staaten nicht planmäßig und energisch auf diese wirtschaftliche Isolierung Hitler-Deutschlands hinwirken, ist es die Aufgabe der Arbeiterbewegung in allen Ländern, mit aller Energie und aller Leidenschaft in dieser Richtung zu wirken und ihr Land zu der Politik zu veranlassen, durch die allein der Friede der Welt gesichert werden kann.

Agrarische Planwirtschaft notwendig

Exposee Hodzas im Budgetausschuß

Brag. Landwirtschaftsminister Dr. Hodza ergriffte Samstag im Budgetausschuß ein Exposee, in dem er einleitend in einer Polemik gegen Dr. Mojsche erklärte, die ununterbrochene Teilnahme der Agrarpartei an der Regierung führe die Partei nicht in Extreme, sondern zu christlicher Geduld (!) und zu Kompromißbereitschaft. Getreu dem Vermächtnis Svebias bleibe die Partei in dieser und in den künftigen Regierungen. Auch in der Außenhandelspolitik sei die Partei zu einem konstruktiven Programm gelangt, hemme also keineswegs die Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Der Minister erklärte u. a.:

Der Agrarpolitik ist es gelungen, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus den Agrarländern zu uns nach einem Grundlag zu regeln, der sich bewährt hat. Er beruht nicht auf bloßen Kontingenten und Kompensationen, sondern auf Personalquoten. Wir gewähren jedem Agrarland, das in Betracht kommt, einen gewissen Prozentsatz. Selbstverständlich wird die überwiegende Mehrheit, fast 100 Prozent, der Agrarimporte aus dem Gebiete Mitteleuropas bezogen. Nur soweit es unsere handelspolitischen Interessen und Kompensationsrückläufe erfordern, überlassen wir eine bestimmte Quote den Lieferstaaten.

Das Getreidemonopol bezeichnet der Minister vom Standpunkt des Inlandmarktes, aber auch der Außenhandelspolitik als ein großes Übel. Es sei daher ein unerklärliches Rätsel, daß sich gerade die Industrie so hartnäckig gegen das Monopol stellen konnte.

Infolge des Monopols habe man bereits gleich nach der Ernte 6000 Waggons Weizen in Jugoslawien kaufen und weitere 4000 durch Option sichern können, obwohl diese Mengen zunächst nicht auf den Markt kommen. Das wirkt sich, ohne unsere landwirtschaftlichen Schichten zu beunruhigen, zum Vorteil unserer Industrie aus, denn diese kann im Rahmen des Äquivalents nach Jugoslawien ihre Produkte ausführen. Auch zur Einfuhr einer bestimmten Getreidemenge aus Ungarn erklärt sich der Minister bereit, nur möchte als Äquivalent auch Holz ausgeführt werden.

Aus wirtschaftlichen Rücksichten müssen wir alle Bemühungen unterstützen, die auf die Belebung des Agrarblocks der mitteleuropäischen Staaten gerichtet sind, der in letzter Zeit nicht gut funktioniert. Der Minister appelliert an alle Faktoren dieses Blocks, sich für ein großes und enges Regionalabkommen mit einem bestimmten

Aktionsprogramm einzusetzen, das in der Anknüpfung handelspolitischer Beziehungen mit Westeuropa gipfeln würde. Die Lieferstaaten führen nach Europa rund 100 Millionen Zentner Getreide ein. Die Lieferländer Mitteleuropas betragen nicht mehr als 15 bis 20 Millionen Zentner. Es verbleiben also noch genug Exportmöglichkeiten für die Lieferstaaten.

Vor zwei Jahren habe der Minister als Ziel der Agrarpolitik die Befestigung der Preisdisparität zwischen Landwirtschaft und Industrie und die Hebung des Preisniveaus der Agrarprodukte bezeichnet. Tatsächlich hat sich seitdem das Preisniveau gehoben, und zwar durch Aufkauf der Uberschüsse, die auf das Preisniveau drückten. Aber diese Injektion war keine Therapie, deshalb mußte man zu einer organischen Wirtschaftsreform greifen.

Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte bewirkt Ueberproduktion, die die Quelle der Krise ist. Daher mußte der autoritative Eingriff des Staates erfolgen. Dieser Eingriff bedeutet den staatlichen Interventionismus und nichts mehr, er bedeutet keinen Staatskapitalismus und keinen Staatssozialismus. Wir haben einen Mittelweg gefunden. Das Landwirtschaftsministerium ist im allgemeinen mit den Ergebnissen des Monopolsystems zufrieden. Selbstverständlich ist die Reform kein vollkommenes Werk, im allgemeinen haben sich aber alle Komponenten der Getreidegesellschaft bewährt. Es gibt freilich gewisse organisatorische Mängel und auf Grund der gewonnenen Erfahrungen wird an einer Rebellierung der Monopolverwaltung gearbeitet, die jedoch weder die Struktur des Monopols noch sein Programm und seine Prinzipien tangieren wird.

Der Minister betont, daß die Getreideanbauflächen nicht vermehrt, sondern in einzelnen Gebieten noch verringert werden müssen. Wir haben noch ständig Uberschüsse; an deren Stelle muß man Ertragsfrüchte anbauen. Dieses Problem ist kompliziert und nicht leicht, aber man darf sich davon nicht fürchten. Wenn es unter Mitwirkung der Industrie gelänge, die feste Annahme zu setzen, freilich soweit es sich um Agrar, daß man auf einer bestimmten Fläche die Ertragsfrüchte anbauen könnte, so wäre damit die Dauer des Monopols und aller damit auch für die Industrie verbundenen Vorteile gesichert. Eine Planwirtschaft, bei der die Produktionsfreiheit ihre Grenze in dem Kampf gegen die Uberschüsse findet, ist notwendig.

Die Regelung des Viehmarktes kann keine ähnliche Nachahmung des Getreidemonopols sein. Das bisherige Viehhandelsrecht wird nach Möglichkeit bereits ab 1. Jänner durch die Gesetzgebung ersetzt, die mit allen Befugnissen ausgestattet sein wird, um auf

das Preisniveau durch gezielte Regelung der Einfuhr und Ausfuhr einzuwirken. Die Regelung des Viehmarktes in der Konventionenzentren, vor allem in Prag, Pilsen, Brünn, Mähr.-Ostau, einer nordböhmischen Stadt, Katschau, Brschbura und Ujhorod ist der Ausgangspunkt der ganzen Regelung des Viehmarktes.

Der Minister teilte schließlich mit, daß sein Referat an einem Entwurf über die Landwirtschaftsreform arbeite, da die Landwirtschaftsreform in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen könnten. Das Landwirtschaftsministerium wird auch beantragen, daß das gesamte landwirtschaftliche Schulwesen in angemessener Weise verstaatlicht werde.

In der vorausgegangenen Agrardebate sprach von unserer Seite Genosse Schmiedlhart ausführlich über das Getreidemonopol und das Viehhandelsrecht und ging dann auch auf verschiedene politische Äußerungen ein, die von deutscher agrarischer Seite in den letzten Debatten gefallen sind. Wir werden die Rede im Auszug in der nächsten Folge unseres Blattes nachtragen.

Für die Aufhebung der Personalsparmaßnahmen

Am Freitag, den 16. November, tagte in Prag das Kartell der Verbände der staatlichen und öffentlichen Angestellten im Deutschen Gewerkschaftsbund (Reichenberg) im Beisein von Vertretern der Zentralgewerkschaftskommission. Die Mitglieder der Jüdischerkommission berichteten über die bekannten Verhandlungen mit der Regierung wegen der Aufhebung der Personalsparmaßnahmen. In der Aussprache wurde zunächst die Tätigkeit der Jüdischerkommission anerkannt und ausgesprochen, daß diese Körperschaft der Verhandlungspartner der Gewerkschaften mit der Regierung ist und daher aufrecht erhalten bleiben muß.

An der Besprechung der weiteren Aktion für die Aufhebung der Gehaltskürzungen wurde insbesondere auf die Härte verwiesen, welche der Wegfall des vorherigen Existenzminimums für die Angehörigen der niederen Gehaltsgruppen gebracht hat. Es wurde beschlossen, die Aktion in der Richtung der Aufhebung der Sparmaßnahmen insbesondere der Verordnung 22 252/33 weiterzuführen.

Die „Deutsche Landpost“ hält es für zweckmäßig, sich über „die berühmte Spürnase“ der sozialdemokratischen Presse lustig zu machen. Die „Landpost“ habe die Hader-Rede richtig wiedergegeben, aber in der Sphäre sei ein Fehler passiert. Wir hätten also zu Unrecht behauptet, daß die „Deutsche Landpost“ lediglich die Äußerung Haders über seine persönliche Haltung zur Geniefront habe publiziert lassen. — Dazu ist festzustellen, daß es bei uns nicht einer „Spürnase“, sondern lediglich der Schere bedürfte, um den Widerspruch zwischen Haderrede und Landpostbericht herauszufinden: wir beschränken uns nämlich darauf, die Richtigstellung der „Würger Zeitung“ wiederzugeben. Wenn die „Deutsche Landpost“ durch schlechte Wihe über uns von dem Faktum ablenken will, daß ihr von einem haderfreundlichen Blatte eine „Neuschöpfung“ vorgezwickelt wurde, so ist das ihre Sache. Wir nehmen aber gerne zur Kenntnis, daß sich die „Deutsche Landpost“ nunmehr in vollem Umfange zu den Äußerungen Haders bekennt, so daß also, was Hader und sie betrifft, völlige Klarheit herrscht.

Die politische Woche

Da in der internationalen Politik einige Bewegungen eingetreten sind und die großen Entscheidungen erst nach dem Zusammenritt des außerordentlichen Völkervertrates gegen Ende der kommenden Woche zu erwarten sind, konzentrierte sich in der abgelaufenen Woche das ganze Interesse auf die innerpolitische Situation. Hierzu gaben die parlamentarischen Verhandlungen reichlich Gelegenheit. Es gibt kein wichtigeres Problem politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art, das nicht im Zuge der großen parlamentarischen Aussprache im Plenum aufgerollt worden und dann nicht auch während der Ausschuhverhandlungen über das Budget zur Sprache gekommen wäre.

Gleichzeitig arbeitete die Regierung an den aktuellen Fragen, die in der Regierungserklärung erwähnt sind. Zwei große Fragen stehen hier voran. Die eine betrifft die durch die internationalen Ereignisse ausgelöste Verlängerung der militärischen Dienstpflicht und alle jene Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, die andere die Sanierung der Selbstverwaltungskörper, die von allen Seiten als wahres Schicksalsproblem nicht nur für die Selbstverwaltung, sondern für die gesamte Bevölkerung bezeichnet wird. Die Fragen, auf deren richtige Lösung es hier ankommt, sind vor allem die finanzielle Bedeutung und die Finanzierung der Sanierung, für welche naturgemäß neue Mittel aufgebracht werden müssen. Die Auseinandersetzungen darüber bewegen sich in der Richtung, ob überhaupt, bzw. welche neue Quellen für diesen Zweck erschlossen werden können. Daß daneben auch die ganze Konstruktion der Sanierungsvorlage, — soweit es sich um die Autonomie der Selbstverwaltung handelt — auch ihre politische Seite und damit ihre besonderen Schwierigkeiten hat, muß wohl nicht erst besonders hervorgehoben werden. Sowieb es sicher, daß der Wille besteht, eine alle Teile wenigstens zur Not befriedigende Lösung zu finden. Aber es dürfte damit noch gute Weile haben. Uebereinstimmend besteht aber der Wille, gerade in diesem Punkte die Lösung nicht allzuweit hinauszuschieben.

Von Wichtigkeit ist auch das Schicksal eines ganzen Reihe terminierter Gesetze, die mit Ende d. J. ablaufen und für den Fall, als ihre Verlängerung beschlossen werden sollte, sehr rasch geklärt und legislativ vorbereitet werden müßten. Die Fragen sind zumeist politischer Natur, wie das Parteiengesetz, zum Teile wirtschaftlicher Natur, so der Exekutionsgesetz u. a. für Landwirte und Arbeitslose, das Moratorium für die vom Unwetter betroffenen Gebiete usw. Es stehen aber auch sozialpolitische Fragen zur Verhandlung, wie die sich Jahr für Jahr wiederholende Frage der Galorsifizierung der Unfallrenten und die Steuerabzüge der Privatangehörigen. Daneben gibt es aber noch eine ganze Reihe anderer terminierter Gesetze, über die schon in kürzester Zeit eine Entscheidung getroffen werden muß.

Im großen und ganzen herrscht jetzt in der Politik reges Leben, wozu die wachsende Wohlstandsmisere und Aggressivität der diversen „nationalen Fronten“ sehr viel beiträgt. Wie die Dinge liegen, wird es nach dieser Richtung hin wohl viele enttäuschte Hoffnungen geben. Denn wer in unserem Lande sich umsieht und sehen will, der wird sich sehr bald überzeugen können, daß die Demokratie unseres Landes in der Tradition und in den Menschen viel zu stark verankert ist, als daß dem reaktionären Ansturm ein Erfolg beschieden sein könnte!

Anna Brügge lebt noch ...

Erzählung vom 30. Juni 1934

Von Peter Lutzein.

„Wo warst Du hin, Johann?“ Anna Brügge richtete sich von der Waschbälge auf und sah fragend auf Johann.

„Ich war nur spazieren.“

„Du weißt doch, daß Du nicht zu den heimlichen Versammlungen gehen sollst. Vater hat es Dir doch verboten. Und mit der SA schon überhaupt nicht. Weibe Du man schön ruhig zu Hause. Es ist besser für Dich.“

„Es war allerdings nicht so gemeint, aber man soll ja in dieser Zeit auf seine Kinder aufpassen.“

Es ist doch merkwürdig, daß man beim Waschen immer auf Gedanken kommt. Gedanken, die einen nur unruhig machen. Es ist wohl besser, wenn man überhaupt nicht denkt. Es wäre doch am besten. Denn vom vielen Denken kann es einem so gehen wie Onkel Hans. Onkel Hans wollte auch nur mal frische Luft schnappen. Und beim Spaziergehen kann man gleichzeitig viel sehen. Aber was man in diesen Tagen zu sehen bekommt, davon geht einem die Galle über. Und zum Ueberflus hatte Onkel Hans die Angewohnheit, mit sich selber zu sprechen. Leider zu laut, so laut, daß einer von den unzähligen Spiegeln, die sich in den Straßen herumtreiben, Onkel Hans angeigte. Und nun, nun sah er im Konzentrationslager. —

Waschen bringt absolut kein Spaß. Ueberhaupt wenn die Taschen so dreidig sind wie Johannes Taschen. Immer voller Tabak. Hundertmal hatte sie es ihm wohl gesagt, aber immer wieder wurde es vergessen.

„Johann, Du sollst doch daran denken, daß Du die Pfeife auskloppst, bevor Du sie in die Tasche steckst.“

— Ja — Anna sah nach ihm. Er sah und sah andauernd seine Stiefelspitzen an. Denn die Stiefel waren neu.

„Aber doch. — Wo in Allerwelt hast Du die Stiefel her? — Hast Du Arbeit bekommen? — Ru red doch 'n Ton, Johann.“

— SA. — Herrjesus nochmal — was sagst Du? Du bist bei der SA? — Das ist aber schön. So bekommst Du wenigstens Arbeit. Viel Glück mein Junge ...

Anna war froh. Nun bekam Johann doch nochmal Arbeit. Allerdings — bei der SA. Aber, was soll man machen.

Anna konnte zuerst kein Wort sagen. Heutzutage bedeutete SA Arbeit, Brot und Verdienst. Aber dann fand sich Anna rasch hinein. Das lernt man in dieser Zeit, in einer Zeit, wo jeder Tag neues brachte.

Aber jetzt mußte man aufpassen. Jawohl, aufpassen. Nicht mehr die Zeiten dergleichen. Nun, da Johann bei der SA ist, heißt es doppelt aufpassen. Nicht darum, daß Johann sagen könnte, seine Eltern sind Sozialdemokraten. Nein, das wird er nicht machen. Aber, es könnten Freunde kommen, und dann ein Wort zuviel, dann ist der Teufel los. Ja, ja, aufpassen mußte man. Sonst könnte es einem so gehen, wie Frau Wiese, die hier im Hause wohnt. Ihr Sohn ging auch zu der SA, Freunde kamen und gingen. Nur Frau Wiese konnte nicht den Mund halten. Nein, das konnte sie nicht. Was ihr nicht passte, das sagte sie. Und die Folgen? Frau Wiese sitzt nun schon lange im Gefängnis, wegen Verächtlichmachung der Regierung. —

Aber wie soll Anna es Hermann, ihren Mann, beibringen? Hermann der schon als „Roter“ weit und breit bekannt war. Wenn der hörte, daß sein Sohn bei der SA ist, Freudenbrünne wird er nicht machen, und zum Ueberflus war Hermann noch so hitzig.

Anna sah auf die Uhr. Es ist Zeit, daß Anna zur Fabrik ging, wo Hermann arbeitete. Auf keinen Fall durfte Hermann von anderen Leuten erfahren, daß Johann zu der SA gegangen ist. Hermann ist so jähzornig. Es könnte etwas passieren.

Hermann Brügge wurde rasend, wie er diese Neuigkeit erfuhr. Er schimpfte in allen Tonarten. Er, Hermann, ein Sozialdemokrat. Und sein Sohn ein — Nazi. Da soll doch der — Hermann wurde viel rasender als Anna es befürchtet hatte. Sie hatte Rot und Wut, ihn einigermäßen zu beruhigen. Anna berüllte sich mit Hermann, daß sie nach Hause kamen. Hermann konnte auf offener Straße verhaftet werden, so laut schrie er.

Hermann mußte sich selber zuleht sagen, daß es keinen Zweck hatte, Krach zu machen. Aber aufpassen. Zum Donnerwetter. — ja, aufpassen vor seinem eigenen Sohn. Jawohl, aufpassen. Sich selber in acht nehmen vor seinem eigenen Sohn. — Zum Teufel nochmal. Das ist ja zum Kraken.

Zuleht hatte Anna Hermann doch so weit, daß er versprach, keinen Krach zu schlagen. Es ist nun einmal geschehen. Auch mußte Hermann versprechen mit Johann nicht mehr über Politik sprechen zu wollen.

Die erste Zeit blieb Johann noch bei den Eltern wohnen. Es war eine schwere Zeit. Hermann wurde zuleht nervös. Sogar sein Radio, den er selber gebaut hatte, viel ihm auf die Nerven. Alles, — alles —

Willkürlichweise wurde Johann in kurzer Zeit verfehlt. Johann wurde befördert. Er kam zu

einer Leibwache bei einem höheren Führer. Anna und Hermann atmeten auf. —

Aber wenn Anna Johann in seiner Uniform sah, wurde sie sogar stolz auf ihm. Er sah ja so schneidig und niedrig aus.

Und dann geschah das Unglück.

Eines Abends kam Johann nach Hause. Anna und Hermann saßen in der Küche. Johann war lustig und aufgeräumt. Er roch nach Wein. Na ja, man war ja bei der SA.

Anna konnte an Hermann sehen, daß es ihm nicht passte. Hermann sagte nichts. Er wachte auch, daß Johann keinen Wert darauf gelegt hätte.

„n' Abend.“ sagte Johann und legte 25 Mark auf den Tisch. „da habt ihr beide etwas, macht euch auch mal 'n guten Abend.“

Hermann sprang auf. Er war ganz weiß im Gesicht.

„Nimm Dein goitverdamntes Verrätergeld vom Tisch. — Weg mit dem Dreck.“ Anna legte ihre beiden Hände auf den Arm von Hermann und sagte ruhig:

„Aber Hermann, sei doch still.“

„Loh mich in Ruh“.

Hermann sprang auf. Er sammelte das Geld vom Tisch und warf es plötzlich Johann ins Gesicht. — Mitrend fiel das Geld auf den Fußboden. — Hermann und Johann starrten sich an. Johann zog langsam seine Hand zum Revolverhalter. — Es war still, unheimlich still. —

„Hermann. — Johann. —“ schrie Anna. Keiner hörte auf sie. Dann ballte Hermann die Faust und schlug Johann ins Gesicht. Johann taumelte so stark, gegen die Tür, daß sie aufging. Hermann ging auf Johann zu, aber da war Johann schon aus der Tür.

(Schluß folgt!)

Ein Mitarbeiter Otto Strassers läuft zu Hitler über

Herr Hildebrand, ein deutsches Lämpchen

Von Zürich aus hat einer der bisherigen Hauptmitarbeiter Otto Strassers in der Leitung der Schwarzen Front, ein gewisser Herr Hildebrand, ein gewisses Lämpchen, bekannter unter dem Namen Hildebrand, einen Offenen Brief an Otto Strasser gerichtet und der Presse übergeben. In diesem Brief bekennt sich Hildebrand rückhaltlos zu Hitler und den braunen Wodgesellen. Er sucht (übrigens auch in einem und vorliegenden Privatbrief an einen seiner Prager Bekannten) den Eindruck zu erwecken, als habe er lange mit sich gerungen und Otto Strasser aus innerster Überzeugung verlassen, dem widerspricht mancherlei, z. B.:

daß im selben Augenblick, da Hildebrand in Zürich von der „Liebe zu Deutschland“ übermannt wurde, ein anderer Mitarbeiter Strassers in Prag dabei betreten wurde, wie er den Schriftsteller Strassers erbrechen wollte (auch aus Liebe zu Deutschland!).

daß Hildebrand sich nicht etwa politisch mit Strasser auseinandersetzt, sondern in dem Offenen Brief Beschuldigungen erhebt, die in Tonfall und Substanz dem Axtler des Goebbels entstammen.

daß Hildebrand in dem Offenen Brief durch Preisgabe privater Kenntnisse alles versucht, um Strasser nach Möglichkeit persöhnlich zu schaden, daß gewisse Behauptungen Hildebrands offensichtlich erlogen oder doch arge Entstellungen eines wahren Kerns sind, sich jedoch auffallend gut in die gegenwärtigen Propaganda-Interessen Hitler-Goebbels einfügen.

daß Hildebrand, wie er schreibt, sofort nach Absendung des Briefes nach Deutschland zurückkehrt, „unabhängig von den Folgen“ und entschlossen, „lieber im offenen Strom deutschen Geschehens zu ertrinken, als im Stumpf der Emigration zu ertrinken“. Er wird wissen, warum er zurückkehrt, um den Judenlohn zu kassieren!

Der Offene Brief ist eine widerliche Arie derer vor Hitler. Unzähligmale wird der Emigration „Verrat an Deutschland“ vorgehalten. Worte wie „antideutsch, Landesverrat, Verraten gegen Deutschland“ spielen das Sendeschreiben des angeblich aus freien Stücken Verlassenen. Die Erfüllung der deutschen Revolution sei einzig und allein die Aufgabe des deutschen Volkes unter Führung Adolf Hitlers.

Die Emigration sei antideutsch, deutschfeindlich, der Kampf gegen Hitler sei zu einem Kampf gegen Deutschland geworden. Aber das sind allenfalls noch politische Argumente, wenn sie auch dumm und verlogen sind. Als ob Lenin antideutsch, ruflandfeindlich gehandelt hätte, als er in die Emigration ging, um den Bolschewismus zu bekämpfen, als ob Victor Hugo, als er in London Louis Bonaparte bekämpfte, antifrancösisch gesinnt gewesen wäre!

Dann erzählt Hildebrand aber Räuber-geschichten über einen „Saacplan“ Otto Strassers, einen angeblich vorbereiteten Putsch und Einfall im Saargebiet, Versprechungen in Frankreich und ähnliche Dinge, die gerade jetzt in Deutschland gebraucht werden und die sich Goebbels im Zug der Saarpoganda ohne Zweifel schweres Geld kosten läßt (in solchen „Entwühlungen“ über die Emigration wird jetzt in Berlin überhaupt viel geleistet, auch über die SPD kursieren ähnliche Berichte, die Goebbels anscheinend ferienweise herstellt). Weiter wird Strasser vorgeworfen, er habe zum Krieg und desastrierte Deutschland kriegerischer Gelüste, obwohl er genau wisse,

daß Deutschland friedliebend ist und war und daß das deutsche Volk und die deutsche Regierung unter keinen Umständen einen Krieg will.

Als Beweis führt der Kämpfer Hildebrand die Reden Hitlers und Hess an! Dann wird Strasser — was ihn freilich nur ehren kann — beschuldigt, daß er mit Hitler nicht zusammenarbeiten wolle, daß er ihn hasse (wahrscheinlich soll er ihn für die Ermordung seines

Bruders noch lieben), daß er sich zur „antifaschistischen Front“ bekenne und sich mit dem Judentum verbündet habe. Die Emigration wird als „geistige Fremdenlegion“ beschimpft, von Deutschland ausgefagt, daß sein Weltbild Europa neu gestalten werde.

Hoffentlich ist diese neue Erfahrung für Otto Strasser, dessen ehrlichen sozialistischen und revolutionären Willen wir nicht bezweifeln wollen, umso mehr da er durch das Goebbels-Hildebrand-Dokument nur bestätigt wird, eine Lehre. Otto Strasser hat seit Jahr und Tag nicht aufgehört zu verkünden, daß „der Marxismus tot“, daß die Marxisten nur Emigranten und Verräter, die Leute von der Schwarzen Front aber die einzigen Revolutionäre seien. Nun, auch in

dem Willen der Sozialdemokratie hat es Ueberläufer gegeben, auch unter den Tausenden marxistischen Emigranten sind einige — meist aus wirklicher Not — der Fahne untreu geworden, aber Erscheinungen wie sie Strasser nun schon zu wiederholtenmalen erlebt, kennt die marxistische Linke nicht. Es zeigt sich eben, daß die totgesagte marxistische Idee doch ein anderes Band ist und eine andere Verpflichtung schafft als das Bekenntnis zur Schwarzen Front, die bei allem ehrlichen Willen ihres Führers doch die Eierstöcke der Hitlerrei noch nicht abgestreift hat. „Qui mange du Pape, en meurt“, sagen die Franzosen: Wer vom Papi isst, stirbt daran. Wer durch Goebbels Schule gegangen ist, scheint die Anlage zu Verrat und Lumperei schwer loszuwerden. Otto Strasser wird seinen Leuten schon das härtere Gegenstück des Marxismus eingeben müssen, wenn er sie gegen die Silberlinge und den Lügendreck des Goebbels immun machen will!

Braune Stosstrupps in Nordböhmen

Vor- und Nachspiele der Gablonzer Versammlung

Wir haben bereits berichtet, daß an der sozialdemokratischen Kundgebung am Donnerstag in Gablonz auswärtige Henlein-Anhänger in größerer Zahl teilnahmen. Das war um so merkwürdiger, als im „Gablonzer Tagblatt“ vorher verlautbart wurde, daß sich die Gablonzer Mitglieder der Heimfront an unserer Versammlung nicht beteiligen werden, weil sie keinen Parteihader wollen. Entweder handelte es sich dabei um ein Mandat, um zu verhindern, daß ortsbekannte Gablonzer Nazis öffentlich als loyale Demokraten auftreten, oder es war eine Störung geplant, zu der nur auswärtige Stosstrupps eingeeilt werden sollten. Tatsächlich kam der Reichsberger Bezirksführer der SDJ, Prof. Ing. Keller, mit zwei Autobussen voll Henleinleuten aus Reichenberg herüber und auch aus dem Gebirge waren zahlreiche Anhänger der SDJ erschienen. Das klare Uebergewicht der Arbeiterkraft in der Versammlung scheint aber den Feldzugsplan der Keller und Konforten umgestoßen zu haben. Nichtsdestoweniger interessierte sich die Gablonzer Staatspolizei für die Reichsberger Stosstrupps, um so mehr als sie in einheitlicher Kleidung, braune Westen und Sporthosen, angetrückt kamen. Sie hielt die Autobusse bei der Heimfahrt an der Stadtgrenze an und nahm die Personalien der Insassen auf. Nun wird sich wohl feststellen lassen, ob in Nordböhmen unter der Flagge der Heimfront hakenkreuzlerische Stosstrupps weiter ihr Unwesen treiben und ob die radikalen Henlein-Nazis von Reichenberg gegen den Willen der Gablonzer Ortsführung der SDJ einen Ueberfall auf die sozialdemokratische Versammlung planten.

In diesem Zusammenhang mit unserer Gablonzer Versammlung berichten die „Lidové Noviny“ über das Verhalten der Reichsberger Nazis folgendes:

Auf dem Reichsberger Altstädter Platz beobachteten die Detektive der Polizeidirektion vor

dem Rathaus einen Haufen Anhänger der Heimfront, die sich auffallend benahmten. Es waren durchwegs junge Leute, die den Polizeibeamten als ehemalige Mitglieder der deutschen Nationalsozialistischen Partei bekannt waren. Alle hatten Sporthosen, braune Westen und Militärmützen. Auf diesen Mützen trugen sie außer dem Heimfrontabzeichen noch ein Emblem, bestehend aus einer Stachnadel und einem Totenkopf. Einer der Jünglinge verteilte Flugzettel, die die fetten Auffrischt hatten: „Sudetendeutsche Trauerhymne“. Als die Henleinleute sich beobachtet sahen, zerstreuten sie sich, bevor noch einer von ihnen übergestellt werden konnte.

Später gelang es den Detektiven, in der Säuerstraße den 18jährigen Rudolf Haffel aus Reichenberg festzunehmen. Haffel trug auch Stachnadel und Totenkopf als Abzeichen. Bei dem Verhör wollte er es zuerst in irgendeinem unbekanntem Laden gekauft haben. Schließlich gestand er, daß diese Abzeichen die Mitglieder der Heimfront um 1 Kč verlaufen. Ueber den Sinn der Symbole sei er sich nicht im klaren. Haffel ist ehemaliges Mitglied der Hakenkreuzpartei. Wegen ihn und zwei seiner Freunde wurde die Anzeige wegen Vergehens gegen § 20 des Schutzgesetzes erhoben. Er, der 24jährige Franz Thomas, ein jamaikischer Hakenkreuzanhänger, und der Speiseträger Wilhelm Lang hatten mit anderen noch nicht festgestellten Hakenkreuzlern vor der tschechoslowakischen Staatslogge wiederholt „Kuf!“ gerufen und vor ihr ausgespuckt.

Auf dem Tuchmaderplatz kam es des Abends zu neuen Zusammenrottungen der Henleinleute, die wieder auffallend uniformiert waren. Unter ihnen sah man den Leiter der Reichsberger Heimfront, den Professor der Gewerbeschule Ing. Heinrich Keller, der den Heimfrontlern verschiedene Anweisungen gab. Aus der Menge hörte man Rufe wie: „Nach dem Ersten (gemeint war der 1. Dezember) schlagen wir los!“

Eine Schurkentat der Danziger Regierung

Zwei Antifascisten nach Deutschland abgeschoben

Die Danziger Regierung, die vor einigen Tagen die „Danziger Volksstimme“ eingestellt hat, hat einen neuen Schurkenstreich geliefert: sie ließ bei zwei Redakteuren der „Danziger Volksstimme“ Hausdurchsuchungen vornehmen und einen Redakteur, den Genossen Fritz Girschfeld, wegen „Greuelpropaganda“ verhaften.

Girschfeld wurde beschuldigt, mit ausländischen Stellen in Verbindung gewesen zu sein und „Lügenmeldungen“ an antideutsche Propagandazentralen weitergeleitet zu haben. Er habe eine Broschüre „Der Kampf um die Volkserziehung in Danzig“ geschrieben, die „auf illegale Art und Weise veröffentlicht“ werden sollte und Beschimpfungen der Danziger Regierung enthalte. Dazu stellt die Redaktion der „Danziger Volksstimme“ fest, daß Girschfeld nie mit ausländischen Stellen in Verbindung war und an einer solchen Broschüre nicht mitgearbeitet hat. Es handelt sich gar nicht um eine Broschüre, sondern um eine Nebenleistung, die beim jetzigen Wahlkampf in Danzig Verwendung finden sollte. Girschfeld hat den Wirtschaftsteil und das Feuilleton der „Danziger Volksstimme“ bearbeitet, war also gar nicht politischer Redakteur.

Mit Girschfeld wurde auch dessen Freundin, die an dem Danziger Stadttheater tätig gewesene Schauspielerin Lola Verlow, beschuldigt. „Kurzerhandete verräterische und Greuelmeldungen an Mittelpersonen weitergeleitet“ zu haben. Lola Verlow war überhaupt nicht Sozialdemokratin, sie hat sich selbstverständlich auch nie politisch betätigt.

Die bodenlose Niedertracht der Danziger Behörden besteht nun darin, daß man die beiden Verhafteten nicht etwa vor ein Danziger Gericht gestellt hat, das zu überprüfen gehabt hätte, ob sie sich einer in Danzig strafbaren Handlung schuldig gemacht haben, sondern daß man sie, die Reichsdeutsche sind, kurzerhand als „lästige Ausländer“ abschoß — obwohl natürlich hunderte Menschen aus Deutschland in der Danziger SA und anderen Dienststellen Danzigs politisch verlegend tätig sind.

Aber man ließ den beiden „lästigen Ausländern“ nicht, wie das in gestifteten Staaten üblich ist, die Auswahl der Grenze, an die sie gestellt werden sollen, sondern übergab sie ganz einfach den reichsdeutschen Behörden, das bedeutet für sie Konzentrationslager oder Tod.

Diese neue Schurkerei der Danziger Regierung beweist, daß man es bei ihr mit einer Gesellschaft von politischen Strauchritzen zu tun hat, die um der politischen Freundschaft willen, die sie zu Hitler hat, der reichsdeutschen SA Opfer zuzieht und dadurch zugleich die sozialdemokratische Arbeit in Danzig schädigen will.

Danzig ist in mehr als einem Falle auf den Völkerverbund und die in ihm vertretenen demokratischen Staaten angewiesen. Es ist unbedingt notwendig, der faschistischen Danziger Regierung sehr scharf auf die Finger zu zeigen und sie für die gemeine Henkerstat an Girschfeld und Lola Verlow zur Verantwortung zu ziehen.

Gesprochenes Wort verhallt, gedrucktes wirkt weiter! Kauft und verbreitet das Arbeiter-Jahrbuch 1935!

Die neue antimarxistische Aktion

Das Innenministerium hat auf Ansuchen des „Bundes der Deutschen“ die „Sudetendeutsche Volkshilfe“ bewilligt. Dieses Hilfswerk dient der Unterstützung der deutschen Erwerbslosen. Das Hilfswerk wird laut den Mitteilungen der bürgerlichen Presse getragen von familiären deutschen Verbänden und unterstützt von allen deutschen nicht-marxistischen Parteien.

Die „Deutsche Landpost“ fügt ihrerseits noch nachstehende Bemerkung bei: „Eine selbstverständliche Forderung des Völk. ist mit der Genehmigung Wirklichkeit geworden. Fest und zäh arbeitet die Partei des deutschen Volkvolkes weiter daran, dem deutschen Volke zu nützen und zu helfen.“

In welcher Weise dem deutschen Volke genützt und geholfen werden soll, konnte man den Ausberichten des — Deutschlandsendender entnehmen, der sich seit Wochen auffällig viel mit tschechoslowakischen Angelegenheiten beschäftigt, dabei durchaus nicht in wohlwollender Weise. Die Mitteilung über die Gründung der „Sudetendeutschen Volkshilfe“ war dagegen von offenkundigem Wohlwollen getragen. Es wurde mitgeteilt, daß man der Not der Arbeitslosen begegnen wolle durch Spenden in Form von Lebensmitteln, Kleibern und durch Arbeitsbeschaffung.

Das ganze ist zweifelsohne nach dem Muster des Goebbelschen „Winterhilfswerkes“ eingerichtet und dient vor allem dem — Wählerfang. Unsere Genossen werden gut tun, dieser neuesten antimarxistischen Aktion ihr Augenmerk zuzuwenden und unsere „Arbeiterfürsorge“ eifrig auszubauen.

Die Fierde der „Deutschen Landpost“, der berüchtigte Mitarbeiter „Spreu & Körner“ (den Spina und die Redaktion der „Landpost“ aus unerklärlichen Gründen nicht abstellen können, obwohl sich die Herren über das alte Räbel (Schiefsehen) zeichnen sich in seinem Samstagartikel wieder einmal besonders aus. Unsere Kundgebungen haben es ihm angetan. Er schildert mit bewegten Worten, wie leicht wir es hatten, 90.000 Menschen in sechs Städten zu mobilisieren, während Henlein es ungeheuer schwer hatte, in Leipzig 15.000 bis 20.000 aufzubringen. Der gute Mann hat in seiner warmen Antistube offenbar gar keine Ahnung, daß es einen Unterschied ausmacht, ob Arbeitslose stundenweit marschieren, oder ob feinesgleichen im Auto zur „Demonstration“ fährt! Jüdischen durch sieft man die schlichte Antwort a h r h e i t, wie hätten nirgends Henleins Zahl erreicht, obwohl wir in Kobenz mindestens ebensoviel wie Henlein und in Karlsbad um einige tausend Teilnehmer mehr hatten. Ganz unberührt zeigt der alte Nummer der so demokratischen „Landpost“ wieder seine Sympathien für Hitler und vor allem seinen Haß gegen den (ihm gründlich unbelannten) Marxismus. Während die Rot zum Zusammenhalten zwingt, predigt der Marxismus den Klassenkampf. Nun, wir wollen mit Herrn Spreu & Körner nicht polemisieren. Er erkundige sich doch dabei bei den Bauern selbst, ob sie der Ansicht sind, daß sie ihre Not durch enge Zusammenarbeit mit den Bankiers und Konzernmagnaten oder nicht vielmehr im Kampf gegen diese beheben können! Mit jeder Nichtachtung von Vernunft und Wahrheit, die ihm eigen ist, behauptet S. & K., daß unsere RW (der Wigbold nennt sie „rote SA“), gegen „die Bauern, Gewerbetreibenden, Arbeiter und Angestellten“ kämpfe. Dann zitiert er den Breiiner, weil er auch wieder keine Ahnung hat, daß heute 80 Prozent aller Wiener den Bretner fehnlich zurückwünschen. Schließlich kommt die „Stimme des Volkes“ vor — die ihn augenscheinlich zu Hitler und Goering zieht, und in diesem ebenbümmen wie gefäßigen Rauberweiss geht es weiter. Es ist Sache der „Deutschen Landpost“ und nicht die uniere, sich der literarischen Tätigkeit dieses Herrn zu schämen, aber wir möchten Herrn Minister Spina doch einmal fragen, ob er glaubt, daß den gemeinsamen Interessen von Bauern und Arbeitern und dem Interesse der Demokratie und des Staates gedient ist, wenn er den dreifachen Giftmischer S. & K. (der obenrein ein Beamter in öffenlichem Dienst und Kostgänger des bauernnd verhöhten demokratischen Staates ist), immer wieder auf die Leser der „Landpost“ losläßt, statt ihm zu empfehlen, er möge, wenn er sich als heiliger Kopf erscheint, mit Oeflers Pulver kochen, aber seinen Budding anderwärts servieren!

Die Sowjetwahlen

Moskau. (Tag.) Auf dem gesamten Staatsgebiet der Sowjetunion finden seit 1. November l. J. die Wahlen in die Sowjets statt. Nach Angaben der Zentral-Wahlkommission für Inner-Rußland haben bis zum 13. November die Wahlen in 979 Dorf-Sowjets Inner-Rußlands stattgefunden. Insgesamt haben 607.216 Personen gewählt, davon 293.636 Frauen. In die neuen Dorf-Sowjets wurden 22.987 Vertreter gewählt. Im Vergleich mit den früheren Wahlen ist die Wahlbeteiligung der Frauen von 20,9 auf 24,4 Prozent gestiegen.

Befehl von Hitler:

Auslandsdeutschtum muß nationalsozialistisch sein!

Die Organisation, deren Aufgabe die Zerlegung der Auslandsdeutschen durch den Nationalsozialismus ist, ist das deutsche Auslands-Institut in Stuttgart. Auf der kürzlich abgehaltenen Jahreshauptversammlung wurde diese Aufgabe besonders mit dem Hinweis unterstrichen, daß von den mehr als 90 Millionen Deutschen, die es auf der Erde gibt, nahezu 30 Millionen außerhalb der schwarzweißroten Fahnenkreuzspähle leben.

Diese 30 Millionen, zu denen auch die rund 3,5 Millionen Sudetendeutschen gehören, wollen die Diktatoren über Deutschland dem Nationalsozialismus dienstbar machen. Sie sollen nach den Worten des württembergischen Ministerpräsidenten Prof. Kergenthaier auf der erwähnten Versammlung „Stücker der Wahrheit über das nationalsozialistische Deutschland werden“. Natürlich muß es richtig heißen „Künder gegen die Wahrheit“; denn an der Wahrheit über das nationalsozialistische Deutschland ist dieser Ministerpräsident nicht interessiert. Das wird eindeutig klar aus dem folgenden Teil seiner Rede:

„Es muß innerlich eine vollkommene Übereinstimmung bestehen zwischen der Grundhaltung des deutschen Volkes und der Grundhaltung des Auslandsdeutschtums in der Welt. Auch das Auslandsdeutschtum muß diese innere Auseinandersetzung durchmachen, und diese Auseinandersetzung muß damit enden, daß sich auch das Auslandsdeutschtum geistig zum Nationalsozialismus bekennt!“

Dieser Befehl an das Auslandsdeutschtum ist sicher in Übereinstimmung mit Hitler ausgegeben worden. Es wird dafür gefordert, daß die Ausführung des Befehls auch den getarnten Freunden Hitlers nicht gelingt.

Nach der Rüstung die Kriegsvorbereitung

Berlin. (AP.) Da die Regimenter der Reichswehr heute bereits dreifach aufgestellt sind (die Zahl der Divisionen ist, wie bekannt, von 7 auf 21 angewachsen), werden Maßnahmen ergriffen, um den dadurch entstehenden Bedarf an Offizieren zu decken. Zunächst einmal sind frühere Reserveoffiziere in großer Zahl einberufen worden und erfahren Ausbildung, um sie mit dem neuesten Stand der Militärischen Angelegenheiten der vielen vorgegangenen Veränderungen vertraut zu machen. Eine große Anzahl von Reichswehroffizieren ist zu Kursen über „Planwirtschaft“ (woll heißen: Kriegswirtschaft) kommandiert. Am wichtigsten ist jedoch, daß alle Reichswehroffiziere Ausbildung in der nächst höheren Einheit erhalten, um sofort nach Kriegsausbruch befördert zu werden. Das heißt ein Leutnant oder Oberleutnant, der bisher nur Zugdienst machte, muß jetzt zur Vorbereitung auf die Hauptmann-Charge Kampagnendienst machen, ein Hauptmann entsprechend Bataillonsdienst usw.

Arbeitsbeschaffung in USA

Aufwand eine Milliarde Dollar

Washington. (Reuter.) Im Rahmen der Federalaktion, betreffend die Arbeitsbeschaffung, soll ein umfangreiches Programm von öffentlichen Arbeiten durchgeführt werden, dessen Aufwand etwa eine Milliarde Dollars (24 Milliarden RM) betragen wird. Für den Fall seiner Durchführung würde es an die Stelle aller direkten Hilfsmaßnahmen treten. Geplant ist vor allem die Elektrifizierung der Provinzgegenden, eine Vervollständigung des elektrischen Ueberland-Netzes auf dem amerikanischen Kontinent und schließlich der Bau von Wohnhäusern, um das Wohnniveau zu heben.

Neue japanische Terrorakte an der Ostchina-Bahn

Chabarowsk. (Taf.) Wie Mitteilungen aus Chabin bezeugen, hat das willkürliche Verhalten des japanischen Kommandos der Ostchina-Bahn nicht aufgehört. Am 2. November teilte der Direktor der Ostchina-Bahn Rudij der Bahndirektion mit, daß er vom Leiter der japanischen Militärmission ein Telegramm erhalten habe, welches das Ersuchen enthielt, die Arbeiten in der Lederfabrik an der Ostchina-Bahn einzustellen und die Fabrik an eine andere Stelle zu verlegen, da im derzeitigen Gebiet der Fabrik Kasernen für japanische Soldaten erbaut wurden. Rudij antwortete, das Gebiet in der Nähe der Fabrik der Ostchina-Bahn, auf welchem die Kasernen erbaut wurden, sei zwangsweise ohne Einverständnis der Direktion besetzt worden und er werde deshalb die Angelegenheit an die Bahndirektion zur Überprüfung weiterleiten. — Am 22. Oktober besiegten japanische Militärbeamte ohne Fahrskarten einen Zug in der Station Kooershan und besetzten dem Wagenschmierer Kalkowen mehrere Schläge ins Gesicht, weil er von ihnen die Fahrskarten verlangte und sie am Einbringen in den für die Zugbrigade bestimmten Wagon hindern wollte. — Am 31. Oktober besetzte ein japanisches Kommando willkürlich die Wohnungen zweier Sowjetbürger in der Station Chendaochobi. Sie stellten in diese Wohnungen Möbel aus dem gleichfalls willkürlich besetzten Eisenbahnrestaurant der Station Programischana ein. — Alle diese Tatsachen wurden dem Generalkonsulat der Sowjetunion in Chabin mitgeteilt, damit dieses die entsprechenden Maßnahmen einleite.



Aus der Tiefe des Meeres zurück

Der amerikanische Tiefseeforscher Dr. William Beebe (links) mit seinem Assistenten vor der riesigen Stahlkugel, mit der sie bis in eine Meerestiefe von mehr als 900 Meter vordrangen, um hier das Leben der Tiefsee zu erforschen und zu beobachten. Da die Versuche vorläufig abgeschlossen sind, kehrten die beiden Forscher nach New York zurück, um dort ihre Kugel für künftige Tiefseefahrten zu vervollkommen.

Tagesneuigkeiten

Rund um die Welt

ohne Zwischenlandung

Ausland (Neu-Seeland). Der Flieger Bangborn, der sich an dem Fluge London—Melbourne beteiligte, plant einen Flug um die Welt ohne Zwischenlandung. Er will im Juli nächsten Jahres an der Spitze der Vereinigten Staaten starten, wird die Betriebsstoffvorräte in der Luft ergänzen und hofft, den Flug in 101 Stunden zu absolvieren. Bangborn wird wieder der Flieger Turner begleiten, mit dem sich Bangborn bei dem Fluge London—Melbourne an dritter Stelle plazierte.

Mißglückter Kindesraub

New York. Aus Darien in Connecticut wird berichtet, daß eine Gruppe Mörder, die das Haus eines wohlhabenden Samfabrikanten namens Welfheim überfiel, um dessen 12-jährigen Sohn zu entführen, eine unangenehme Ueberraschung erlebte. Da die Familie vor einigen Tagen Drohbriefe erhalten hatte, hatten sich in dem Hause sechs Geheimpolizisten verborgen. Vier Mitglieder der Bande trafen in einem Kraftwagen ein und gingen, da kein Polizist in Sicht war, ohne weiteres auf das Haus los. In diesem Augenblick öffnete sich die Tür und die Banditen sahen sich sechs zu sechs gegenüber. Es entwickelte sich ein wilder Kampf in dessen Verlauf zwei Beamte leichte Schußwunden erlitten. Die vier Verbrecher wurden schließlich überwältigt und ins Gefängnis gebracht.

Hitler-Drangen

wollen die Londoner nicht

Paris. Das Havasbüro meldet aus London, daß Freitag am Londoner Markt 40.000 Stück Drangen aus Spanien eintrafen, die in Papier mit dem Bilde Hitlers eingewickelt waren. Die Bevölkerung von London lehnte es ab, diese Drangen zu kaufen. Wie festgestellt, gelangten diese für Berlin bestimmten Drangen durch einen Zufall auf den Londoner Markt.

Eisenbahn-Räuber zum Tode verurteilt

Moskau. Das Gericht in Zaritsopol (Tatarische Republik) verurteilte sechs Mitglieder einer Bande, die mehrere Güterzüge angeplündert hatte, zum Tode. Bei der Ausplünderung der Wagen waren mehrere Beamte getötet und verletzt worden. Zehn weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von einem bis zehn Jahren.

Lateinschrift in Sowjetrußland

Moskau. Die Aktion für die Einführung der lateinischen Schrift bei den verschiedenen Völkern Sowjetrußlands hatte einen ungewöhnlichen Erfolg, da nach den letzten Feststellungen bereits 25 Millionen Menschen, Angehörige von 70 Völkern der Sowjetunion, das lateinische Alphabet schreiben.

66 Neger vom Bliß erschlagen

Wie Reuter aus East-London in Südafrika meldet, wurden in der Nähe des Kap der Guten Hoffnung bei Clarksburg 66 Eingeborene durch einen Bliß getötet. Sie waren, um ihre Mahlzeit zu halten, in einer großen Hütte versammelt, als der Bliß einfiel. Weitere neun Eingeborene wurden schwer verletzt.

Selbstmord in der Tatra

Sißer Neudorf. In Mníchová dolina in der hohen Tatra fanden dieser Tage Arbeiter, die eine Sprungschanze reparierten, den 24-jährigen Josef Ondereka aus Neu-Tischau schwer verletzt auf. Der Unglückliche, der stark erschöpft war, gab an, daß er unterhalb des Berggipfels Patrie mit seiner Verlobten Ondia Veselová gemeinsam Selbstmord verüben wollte und daß die Veselová dort tot liege. Eine Rettungs-Expedition des Klubs der schwarzen Touristen machte sich sofort auf, um nach dem toten Opfer der Tat zu forschen. Nach längeren Nachforschungen wurde die Leiche des Mädchens auf dem Gipfel Patrie unterhalb des Gipfels Patrie bei dem bekannten Wege von Strbské nach Popradské Pleso aufgefunden. Die erste Hilfe wurde dem Verletzten Ondereka in Strbské Pleso erteilt, wo er auch von der Gendarmerie behandelt wurde. Er gab neuerlich als Beweggrund der Tat Selbstmordabsicht an, die er gemeinsam mit der Veselová gefaßt hatte.

Eine Ehrung Viktor Adlers an seinem Todestag. Obwohl das Grab Viktor Adlers auf dem Zentralfriedhof in den letzten Tagen von einer größeren Polizeibeamten streng bewacht war, ist es einer Gruppe von Favoritiner Sozialisten gelungen, am Sonntag zwei große Buquets roter Nelken auf das Grab zu legen. Die Buquets waren mit Schleifen versehen, die folgenden Text trugen: „Wir kommen wieder, wir vergessen nicht!“

Das Leichenbegängnis des Ministerialrates Genossen Dr. Beleminsk fand Samstag vormittags in der Halle des Prager Krematoriums unter zahlreicher Beteiligung statt. Nachrufe hielten u. a. ein Vertreter des Schulministeriums, Genosse Patzál für den Vollzugsausführer der tschechischen sozialdemokratischen Partei und der „Mnichová Ademie“ und als Vertreter der deutschen Sozialistengesellschaft Dozent Dr. Seigl. — Als Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei sowie des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Landesvertreter nahm an dem Leichenbegängnis Genosse Dr. Strauß teil.

Viccards Bruder war 11 Meilen hoch. Der Aeronautische Verband in Detroit hat die Rehinstrumente des Stratosphärenballons Viccards geprüft und festgestellt, daß Viccard und seine Frau am 23. Oktober die Höhe von 11 Meilen (17.672 Meter) erreicht haben. Viccard hatte damals die Absicht, bloß bis zur Höhe von 9 1/2 Meilen aufzusteigen.

Von heißem Sirup tödlich verbrüht. In einer Zuckerfabrik in Dürentraut auf dem Marsfeld ereignete sich am Samstag ein Unglück. Aus einem großen Kessel begann plötzlich heißer Sirup zu entweichen. Der 65-jährige Michael Keinwald, der den Kessel bediente, wurde von der glühenden Flüssigkeit erfasst und erlitt Verbrennungen, denen er bald im Krankenhaus erlag.

Von vier Männern vergewaltigt. Am Mittwoch wurde in Ledz ein schweres Unfallsereignis verübt. Die 19-jährige Zola B. begab sich nach dem 2. Ambulatorium der Sozialversicherungsanstalt an der Petřikauer Straße 17. Auf dem Hofe traf sie ihren Bekannten, den im Hause Volubelova 21 wohnhaften Abram Kozlovski. Dieser lockte sie unter einem Vorwande in den Keller. Dort warteten dort andere junge Männer, die sie zusammen mit Kozlovski zu Boden warfen und der Reihe nach vergewaltigten, worauf die Verurtheilten die Nacht ergriffen. Die Ueberrassene begab sich zur Polizei und erlittete Verletzung. Kozlovski wurde verhaftet. Nach den anderen drei Wüstlingen wird noch gefahndet.

Dem Arbeiterkind das sozialistische Kinderbuch!

Preis Rosenfeld:
Sirilin reißt um die Welt
In einer Gesamtauflage von 25.000 Exemplaren deutsch, tschechisch, schwedisch, norwegisch, dänisch und ungarisch erschienen.
In Halbheften gebunden, reich illustriert.
nur 12 Kronen
Zentralstelle für das Bildungswesen,
Prag XII., Slezka 14.
Kostportentz erhalten Rabatt

200 Tote durch einen Taifun

Manila. (Reuter.) Den letzten Nachrichten zufolge sind bei dem heftigen Taifun in Manila an 200 Personen ums Leben gekommen. Auf der Insel Luzon fanden 30 Personen den Tod. In diesen Ziffern sind auch zahlreiche Personen inbegriffen, die in der durch den Taifun verursachten Brandung ertranken.

Matuschka zurechnungsfähig

Budapest. Nach dem Zeugenerhör erteilte im Raumschloßprozess der Vorsitzende dem Sachverständigen Kemetz das Wort. Dieser gibt eine Beschreibung von medizinischen Standpunkte, wobei er die körperlichen Merkmale Matuschkas eingehend behandelte. Matuschka fühlte, so sagte der Sachverständige, keine und der Angeklagte selbst habe einmal gesagt, wenn er den Tod verdient, erst jetzt, nach dem Ableben Leos, sei er vollausgeheilt.

Der Sachverständige nennt Matuschka einen Mann krankhaften Ehrgeizes, der stets die Spitze bestreben aufzuwachen, bei welchem dies aber nicht zu Maturie wurde. Das fromme Verhalten sei bloß äußerlich. Matuschka sei im großen und ganzen als zurechnungsfähig anzusehen.

Ueber Bielitz und Umgebung ging Samstag nachmittags ein orkanartiger Sturm nieder. Die größten Verwüstungen richtete. In der Stadt wurden mehrere Wohnhäuser schwer beschädigt und zahlreiche Fensterscheiben sowie Auslagenfenster eingedrückt. Sämtliche Telefon- und Telegraphenleitungen wurden zerstört. In Mienica bei Bielitz wurde durch den Orkan ein einstöckiges Wohnhaus gänzlich demoliert, wobei ein Strahnpassant getötet und zwei Passanten verletzt wurden.

Die Gesamttemperatur ist in den Hauptorten unverändert geblieben. Ueber dem Westteil des Polenlandes herrscht weiterhin relativ kühles Wetter, dagegen sind im Osten, wo der Zufuhr warmer Luft von der Balkanhalbinsel anhält, die Temperaturen bis um 10 Grad übernormal. Eine scharfe Schneegrenze verlief Samstag durch Böhmen, wo das Zentrum einer nordwärts abziehenden Druckrinne liegt. Um 14 Uhr hatte Prag 9, dagegen Sudweis, Bielitz und Ritz 17 Grad Celsius. Die Wetterentwicklung des Westens bleibt unsicher. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vermischend bis abwechselnd bewölkt, teilweise noch Schneefallgefahr, etwas kühler. — Wetterausichten für Montag: Noch unbeständig.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Montag:
Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Nachrichten; 10.40: Operettenmusik auf Schallplatten; 12.05: Kinopostkarte; 13.45: Chanson; 18.55: Kinderstunde; 17.20: Schallplatten: Tschalkowsky; 17.45: Violinellenspieler; 18.20: Deutsche Sendung; 18.45: Aus dem neuen Pensionsversicherungs-Gesetz für die Privatangehörigen; 18.40: Dr. Rouda: Volkshilfsbildung in unserer Zeit; 18.55: Deutsche Sendung; 19.30: Uebertragung aus dem Nationaltheater: Die Weiserlinge von Nürnberg; 22.15: Langmusik; 22.30: Deutsche Nachrichten. Sender 3: 14.20: Deutsche Sendung; 17.05: Vertikale für die Kunst; 14.50: Deutsche Presse; 19.15: Caruso auf Schallplatten. — Brunn: 12.10: Arbeitsmarkt; 19.10: Schallplatten: Jeller; 17.45: Deutsche Sendung; 18.45: Abbau des Kaffee; 18: Naturwissenschaft; 18.45: Währ-Ohran; 18.20: Deutsche Sendung; Arbeiterfunk: Prof. Rapp: Opernarien auf Schallplatten. — Freiburg: 17.10: Konzert.
Dienstag:
Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Nachrichten; 11: Schallplatten; 11.05: Deutscher Schulfunk; 12.10: Gdte auf Schallplatten; 19.45: Kinderstunde; 17.05: Opernarien; 17.50: Klavierkonzert; 18.20: Deutsche Sendung; Wenda: Menschliches Wesen; 18.30: Romantische Klaviermusik; 18.55: Deutsche Presse; 19.10: Konzert der Jugendkapelle; 19.30: Oper aus dem Keller; 20.10: Klavierkonzert; 22.15: Langmusik. Sender 3: 14.25: Schallplatten; 15.05: Deutsche Sendung; Dr. Fed: Wanderschaft auf der obersten Waldhöhe; 15.20: Zuziner vom Reichsberger Stadttheater; Aus neuesten Operetten. — Brunn: 11.15: Deutscher Schulfunk; 17.45: Deutsche Sendung; Soziale Informationen; 17.50: Arbeiterfunk; 18.20: Die Rückverlegung der Großstadt; 18.30: Drei Tette aus Opern von Verdi; 21.25: Konzert. — Gafan: 20.55: Orchesterkonzert.

Ragen

Lange Zeit hat den Ragen der Hund den Rang abgelaufen. Man billigte ihm alle Qualitäten zu, die man der Raie abspach: Treue, Disziplin, Fleiß, Gehorsam, Wachsamkeit; kurz er ist ein Vorkämpfer der Tierwelt, die Raie aber ist ein Lausbub und Schulfürzer. Und trotzdem: wie unergleichlich nützlicher auch der Hund als Mittel und Slave menschlichen Lebens- und Herrschaftszwecke sein mag, wie sehr er auch für Haus, Hof, Jagd, als Zuchtier wie als Schönhündchen, als Polizeinstrument wie als Objekt wissenschaftlicher Züchtung seine unsterblichen Verdienste haben mag, wenn wir Hund ragen, schwingt doch bei aller Zuneigung immer ein Unterton von sicherlich ungerechter, aber nun einmal unaudrotlicher Berachtung mit. Ist nicht die Titulatur „Hund“ eine vor allen Gerichten strafwürdige Ehrenbeileidigung? Während das Wort Raie noch nie als Schimpf empfunden worden ist. Und dabei sagt man ja der Raie das Schlimmste nach: sie sei faul, faul, hinterlistig, ungelehrig, diebisch, grauam, genäsig und voll landwirtschafter Anmaß. Die Gassenbuben verfolgen sie, bewerfen sie mit Steinen, behandeln sie als Ihesgleichen, als Paria. In der Welt der gestifteten Ordnung verkörpert die Raie das Prinzip des Anarchismus, das Folge Recht der individuellen Selbstbestimmung.

Dem Hund blicken wir bis ins Innerste der Seele, die geheimnisvolle Seele der Raie hat noch niemand bis in ihre geheimen Untergründe und Hintergründe verfolgt. Aus dem Auge des Hundes blickt Unterwürfigkeit, Sehnsucht nach Freundschaft, das ganze Leben der Kreatur; im Auge der Raie erdenken wir nichts als das grünlische Schilern unbestimmter, unsagbarer Meerestiefen. Liebt uns die Raie, fürchtet sie uns? Sind wir ihr gleichgültig, sind wir ihr zuwider? Braucht sie uns oder empfindet sie uns als notwendiges Übel? Sie verrät nichts, gar nichts, was in ihrem Innern vorgeht. Das ist der große und tiefe Sinn ihrer Verstellung, ihres Anschleiens, ihrer List. Sie trägt eine Maske vor der Seele, sie will allein sein mit sich. Oder muß allein sein, leidet vielleicht daran und kann doch nicht anders, als es ihr das Gesetz ihrer Natur vorschreibt. Wir wissen es nicht, wir durchschauen sie nicht.

Eben darum jedoch lieben wir die Raie. Sie hat noch Probleme, sie entzieht sich uns, sie ist uns ein Rätsel, das der Hund nicht mehr ist. Der Hund liebt uns unsere Wünsche von den Augen ab, leinigt, tanzt, schwimmt, bellt und laßt auf unseren Befehl, er fügt sich unseren Zuchtanordnungen, ist vom Reufundländer und Wolfshund bis zum Dackel und Seidenpinscher nur noch unser Kunstprodukt, unser Werk, von Menschenhand. Er tut darum mit uns ganz gemein, verrichtet Notdurft und Begattungsauf offener Heerstraße, vor allem Volle. Die Raie aber ist von Gottes Gnaden, unsagbar unseren Züchtungskünsten, kalt gegen unsere Wünsche, herablassend nur zu einem Spiel geneigt. Die Raie ist spröde, sie verrät uns, oder doch nicht? Jedenfalls, sie widerstrebt uns, sie gibt sich uns nicht hin. Deshalb lieben wir sie, deshalb geben wir allem anderen, was wir sonst noch lieben, ihren Namen.

Vom der Schönheit des Ragenlebens.
Sind die Ragen schön und worin beruht ihre Schönheit? Sie haben nicht die Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen des Hundes, wahren Bereich nicht über ein gewisses Maß und können ebensowenig auf die Dauer unter diesem Maß gehalten werden. Ein gewisses Farbenspiel und ein gewisser Farbenwechsel ist alles, was die einzelnen Exemplare im allgemeinen voneinander unterscheidet. Pitt, Foz, Nero, Cäsar, Waldbl, so nennen wir unsere Hunde und unterscheiden sie durch ihre Namen. Die Ragen aber sind namenlos. Nieb, Peter, Schmel, Nischtschicht rufen wir schließlich alle Ragen, wir finden für die Einzeltiere kein charakteristisches Merkmal, wir begreifen die Raie nur als Typus. Und diese überindividuelle Gleichheit, die Harmonie, die alles Ragenleben durchzieht, sei es nun das Leben einer Raie beim königlichen Hof oder einer Raie im Lichthof einer Hinkelkaserne, die Solidarität der Lebensgestaltung bei den Ragen, denen es offenbar ganz gleich ist, ob sie am Tische des Reiches schmausen oder am Dampertisch des Armen mitnagen, die da wie dort miauen, hurren, schnurren, schlen, Käufe fan-

Vom Prager Rundfunk

Das Wochenprogramm wurde eingeleitet mit einem beschwörenden Aufruf des Aussiger katholischen Ideologen, Prof. Dr. Gustav Steinhilber, die Jugendberziehung wieder ganz auf religiöse Grundlagen zu stellen, den Angehörigen des modernen Sportlebens die strengen Forderungen des schlichten Gebotes entgegenzusetzen und den regelmäßigen Kirchenbesuch wieder als selbstverständlichen Teil des Familienlebens zu betrachten. — Mit diesem Vorlesung hat die heurige Sendung wohl die Entschlossenheit ausgesprochen, das Radio auch weiterhin der Mensch dienstbar zu machen und damit jene anonymen Mächte zu vernichten, die der großen anonymen Mächte der Hörschaft gegenüber schon aus Grundsatzgesamten feststellen müssen, ob das Prager Radiojournal einen Verdienstrag der Freidenkerei oder der Feuerbekehrungsvorgänge in den Nationen mit der gleichen Vereinnahmung aufzulegen wird, mit der es der Propaganda des Nationalismus dient. — Ein Querschnitt durch die von Renato Rodio und Otto Roedl verfasste, von Fritz Weiger musikalisch ausgestattete Revue „Das Lied vom broden Pann“ machte die Hörer mit einem seltenweise stark zeitkritisch, im ganzen mit treffender Satire zapackenden Werke bekannt, das



Meinel-Tee
Direkter Import

gen oder auch nicht fangen, in Kellerlöcher oder auf Dachstühle kriechen, den Mond anstaren oder in die Sonne blinzeln: die Großartigkeit ihres Freiheitsbegriffes und ihres freien Lebens, das empfinden wir Menschen als schön.

Ragenmoral.

Auf leisen Sohlen schleicht die kleine Bestie heran. Man sieht sie nicht und hört sie nicht, auf einmal ist sie da. Was wir in Märchen geträumt, in Experimenten der Technik und Phantasie erstrebt, was Gogol mit seinem Ring und Siegfried mit seinem Wunderhelm versucht hat, hier wirds Erlebnis: die Raie hat das Problem des Nichtgesehenen und Nichtgehörtwerdens gelöst. Die Sanftspitzen als Larnklappe. Der kleine Ragenkörper, der sich durch alle Lücken zwängt, über Stuhl und Stein springt, klettert, kriecht, er kann sich bücken und ist nicht da, er kann sich dehnen und wächst ins Maß des Ueberirdischen, er kann Zwerg und Riese sein. Was immer er aber ist, er ist es immer Leise, er ist es immer disret. Ob die Raie in wildem Wirbel eine Maus zu Lode heßt oder ob sie in gemächlichem Märlein zur Ofenbank auf Spielplätzen schleicht, sie macht kein Aufsehen davon. Tragödie und Idylle, beides spielt sich ab wie auf schwerem Protal. Nur ein leises Knistern, sonst nichts. Wozu der Räum? Es starb ja nur eine Maus und es handelt sich ja nur um eine ganz private Siesta. Die Raie hat eben Lebensart. Vielleicht am deut-

lichsten zeigt sich das und ihre ganze Moral in ihrem Reinlichkeitsfanatismus. Sie liebt für ihre Lebensfunktionen, wie gesagt, nicht die Keuschheit. Sie weiß, daß man die Angelegenheiten des Stoffwechsels besser im Verborgenen besorgt und daß die Liebe eine Angelegenheit lauschiger Kläden ist. Selbst ihre Wahlzeiten nimmt sie am liebsten in irgendeinem versteckten Winkel ein. Doch mit einem Waigt sie sich ins volle Tageslicht: mit ihrer Ragenwäsjhe. Denn es ist keine Rohrenwäsche. Sie versteht, daß Reinlichkeit eine Tugend ist, mit der man sich offen vor jedermann zeigen kann.

In Paris, wo man für Ragen bekannlich eine besondere Verehrung hat, sah ich einmal einen ausgewachsenen Kater mitten im größten Straßenlärm und -berhe über den Boulevard Montmartré queren. Es war Lebensgefählich, aber den Kater kostierte es nicht. Er überließ die Sorge um sein Leben den Chauffeuren und Autobusschaffnern. Sie enttäuschten seine Erwartungen nicht. Es entstand eine Verkehrsstörung, weil die Autos stehen blieben, um den Kater vorbeizulassen. Der aber hatte gar keine Eile. Inmitten der Fahrbahn machte er plötzlich halt und dachte angestrengt nach: Nichtig, richtig, er wollte ja zur Robine Maunmann, da mußte man sich doch ordentlich herausputzen. Also streckte er sich der Länge nach hin und begann ein eifriges Lecken und Scheuern des Felles, bis ein Chauffeur herbeikam, den Kater auf die Arme nahm und fürsorglich auf den Gehsteig setzte. Hat der Kater Lebensart, so haben die Franzosen nicht weniger.

„Sie soll eine Raie bleiben!“

So herrlich frei und ungebunden leben die Ragen. Ein kleiner Junge, dem wir, so oft er zu uns kam, Märchen erzählen mußten, war immer überglücklich, wenn der brave Prinz oder die wunderschöne Prinzessin, die von der bösen Fee in einen Storch oder eine Fledermaus verwandelt worden waren, nach mannigfaltigen Erlebnissen wieder Menschengestalt zurückerwannen. Als aber so eine unglückliche Prinzessin eines Tages vom bösen Zauberer Witschlawi in eine Raie verwandelt worden war und der Märchenrägler nun schilderte, was alles dieser Raie an niedlichen Abenteuer zustieß, da ereignete sich am Ende folgende Sensation: wie alle guten Märchen sollte auch dieses gut ausgehen und die Prinzessin von ihrer Ragengestalt erlöst werden. „Nein, nein!“, rief da fast mit Tränen in den Augen der Bub, „sie soll eine Raie bleiben. Da hat sie's ja viel besser!“ ... Kinder sprechen die Wahrheit. Wir lieben die Ragen, weil wir sie beneiden dürfen. . .

Der Kulturtampf in Mexiko



In Mexiko ist ein neues sozialistisches Schulgesetz in Kraft getreten, als Kampfmittel des Staates gegen katholischen Aberglauben. Angesichts des Widerstandes der katholischen Bevölkerung in Mexiko wurde ein Demonstrationzug durch die Stadt Mexiko veranstaltet, durch den für die Durchführung des Schulgesetzes Propaganda gemacht wurde.

im Song von den beiden Hofen und in der Szene an der Himmelspforte von furchiger Wirkung ist. Von den Mitwirkenden traten Dabel, Tausch und Carpentier in den Vordergrund. — Am Mittwoch feierte vor allem die Arbeiterbewegung mit Franz Reichwalds ganz ausgezeichnetem Vortrage über die „Wirtschaftlichen Hintergründe der politischen Spannung im fernem Osten“. Ein in gründlicher Arbeit zusammengetragenes Plakatmaterial stützte die Darstellungen der phantastischen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes der Kirschlüten und seine planmäßige Eroberung des Weltmarktes. Die Konsequenz und zielbewußt weiterreichende Expansion dieses vor keinem Mittel zurückweichenden Volkes ist zur ersten, nicht nur für den europäischen Westen, sondern für das gesamte Abendland geworden und verlangt die gespannteste Aufmerksamkeit der Kulturwelt, soweit sie noch verantwortungsbewußt ist für die Erhaltung des Weltfriedens. — Sehr lehrreich waren die Ausführungen, die Genosse Dr. Brägel in den Sozialinformationen über Deimatrecht und Staatsbürgerschaft vermittelte. — Der Freitag brachte eine Begrüßungsansprache anlässlich der Eröffnung der Radioausstellung in Vodenbad. — Das Zweigespräch zwischen dem Techniker und dem Philosophen über die Arbeiterbahn und -straße verriet manche wissenswerte Einzelheit aus Geschichte und Gegenwart, aus Historie und

Technik. Die beiden Sprecher werden sich aber beim nächsten Male aus dem übertriebenen Pathos wieder auf den natürlichen Ton zurückziehen müssen; schon, um leichter verständlich zu sein. — Aus der „Wochenchau“ des Genossen Dr. Brägel in der Freitag-Arbeiterbewegung sei festgehalten, daß man nun doch zu wirkungsvoller Unterfütterung der Glendgebiete am deutschen Rande der Republik entschlossen zu sein scheint; daß auch nach Doumergues Demission und der Konstituierung der neuen Regierung Frankreich seine Tradition als Republik wahr und jeden Versuch, die Politik der Diktatur zu nähern, weit von sich weist; daß die „Times“ ein überaus treffendes Urteil über die Entwicklung der österreichischen Politik und die „Prager Presse“ ein sehr bedeutungsvolles Bild von der Stimmung in England und der besonderen Vertrauensstellung der Labour Party veröffentlicht hat. — Von vielen Hörern wird dem Berichterstatter die Beobachtung bestätigt, daß auch der Rührer Sender seit etwa 14 Tagen sehr schlecht zu hören ist und unter arden Störungen leidet. Sache der Radioleitung muß es sein festzustellen, ob diese Störungen an der technischen Einrichtung in Prag liegen oder zurückzuführen sind auf einen Fremdling, der im Wellenbereich Ebbad sucht. Die Empfangsintensität hier ist jedenfalls um mindestens drei Ränkel zurückgegangen, auch dort, wo immer ungeklärter Empfang gesichert war. Ernst Höner.

Mattoni's Giehhübler mit heißer Milch . . .

ein altbewährtes, natürliches Heilmittel bei Husten und Heiserkeit. Früh und abends 1-2 Gläser; 1/2 heiße Milch, 1/2 Giehhübler. Herzlich empfohlen. 2749

Volkswirtschaft und Sozialpolitik 642.7 Millionen K€ Ausfuhrüberschuß Beränderungen in der Außenhandelsbilanz

Bei Besprechung der Bilanz des tschechoslowakischen Außenhandels für den Monat September haben wir festgestellt, daß die günstige Entwicklung der Ausfuhr im wesentlichen durch die Einfuhr, Sonderkonjunktur in Deutschland hervorgerufen wurde. Die Oktober-Bilanz des Außenhandels unterstreicht diese Feststellung.

Der Rückgang der Ausfuhr im reinen Warenverkehr von 753 Millionen K€ im September auf 724 Millionen K€ im Oktober entfällt hauptsächlich auf Waren, die in den letzten Monaten von Deutschland besonders begehrt wurden.

So ist die Ausfuhr von Holz von 40.8 Millionen auf 31.6 Millionen K€ gesunken. Die Ausfuhr von Wolle ist von 71 auf 46 Millionen K€, die von Flach, Hanf, Jute war von 32.5 auf 21 Millionen zurückgegangen.

Es erreicht also allein bei diesen drei Posten die Ausfuhrverminderung die Höhe von mehr als 45 Millionen K€, während der Gesamt rückgang der Ausfuhr nur 29 Millionen K€ beträgt.

Mit dem Nachlassen der Ausfuhr-Sonderkonjunktur nach Deutschland mußte gerechnet werden; die Maßnahmen an die Industrie, bei den Bemühungen um die Exportsteigerung nicht nur auf die Chance des deutschen Rohstoff- und Halbfertigwarenhungers aufzubauen, waren bei den Schwierigkeiten, die Deutschland bei der Begahlung seiner neuen Handelschulden nur zu berechtigt.

Diesem Ausfuhrrückgang, der außerdem noch beträchtlich bei Maschinen und Apparaten, deren Ausfuhrwert von 25,8 Millionen K€ im September auf 13,7 Millionen im Oktober gesunken, steht eine Steigerung der Ausfuhr in einzelnen industriellen und agrarischen Erzeugnissen gegenüber:

Die Entwicklung der Einfuhr, die vom September zum Oktober eine Zunahme von 86 Millionen K€ auf 588 Millionen K€ aufweist, ist recht bemerkenswert. Sie bringt vor allem eine weitere beträchtliche Erhöhung der Einfuhr von Textilrohstoffen. Die Baumwoll- und Woll-Einfuhr ist von 77,2 im September auf 94,7 Millionen K€ im Oktober gestiegen. Die Einfuhr von Maschinen und Apparaten ist um rund 3,5 Millionen K€, die von Obst, Gemüse und Pflanzen von 32,8 auf 50,2 Millionen K€ gestiegen; ebenso verzeichnet die Einfuhr von Südsüchten eine erhebliche wertmäßige Zunahme.

Noch plastischer wird die Entwicklung der Einfuhr, wenn man die ersten zehn Monate 1934 mit der gleichen Zeit des Vorjahres vergleicht. Es betrug die Einfuhr bei den wichtigsten Warengruppen der Menge nach:

| | 1934 Jänner- Okt. | 1933 Jänner- Okt. |
|-------------------------------|-------------------------|-------------------------|
| in Tonnen Nettogewicht | | |
| Rohlen | 1.192.444 | 1.116.893 |
| Eisenerze | 387.494 | 299.864 |
| Rineralöle | 292.872 | 281.352 |
| Getreide Samen | 105.998 | 111.589 |
| Kochsalz | 104.290 | 108.609 |
| Rais | 198.132 | 142.657 |
| Holz | 100.175 | 111.319 |
| Reis | 54.174 | 48.833 |
| Baumwolle | 68.138 | 59.487 |
| Kohleisen | 65.203 | 28.654 |
| Düngemittel | 43.804 | 46.926 |
| Unedle Metalle, roh | 33.256 | 29.559 |
| Felle u. Häute, roh | 34.985 | 22.641 |
| Wolle | 24.843 | 22.640 |
| Speisefette | 11.446 | 17.540 |

Hier tritt die bedeutende Einfuhrsteigerung bei Eisenerzen und Kohleisen, den unedlen Metallen, Fellen und Häuten, Baumwolle und schließlich — als eine Folge unserer schlechten Ernte — auch bei Rais, deutlich hervor.

Die Einfuhr von industriellen Rohstoffen, die im Oktober für die letzten drei Jahre den Höchststand erreicht hat, darf wohl zu der Annahme berechtigen, daß wichtige Branchen unserer Produktionswirtschaft mit einem weiteren Fortgang der eingetretenen leichten Belebung rechnen. Insofern ist auch die Steigerung der Einfuhr durchaus nichts Bedenkliches; nur muß es gelingen, den Exportrückgang durch die Förderung im Geschäft mit Deutschland durch das Vordringen auf anderen Absatzmärkten auszugleichen, und

vor allem darf die Industrie nicht durch immer neue Vorhöfe gegen die Arbeiterlöhne die Absatzmöglichkeiten auf den Binnenmarkt immer weiter verringern.

